Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 9

Artikel: Ist Demokratie etwas für alle?
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165464

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ist Demokratie etwas für alle?

Per Ahlmark
ist das schwedische Mitglied der «Académie Universelle des Cultures», die von Elie Wiesel präsidiert wird. Ahlmarks Vortrag gibt einige Schlussfolgerungen und Bekenntnisse wieder, die er in seinem Buch «Vänstern och tyranniet» (Tyrannei und die Linke) entwickelt hat. Diese Ausführungen wurden in dieser internationalen Akademie während der Diskussion über «das Allgemeine und das Besondere» am 20. Dezember 1994 in Paris unterbreitet. Aus dem Englischen übersetzt von Beatrice Bissoli.

Im Zeitalter des Imperialismus herrschte folgende Meinung vor: Demokratie ist nicht für alle, da nicht alle dafür bereit sind. Aufgrund des heutigen Sprachgebrauchs sind wir der Auffassung, dass jedes Land das Recht hat, sich selbst in Freiheit zu regieren. Doch wie tief ist diese Überzeugung verwurzelt?

Zahlreiche Völker Europas standen im 19. Jahrhundert im Banne der Idee, Völker «erziehen» zu müssen. Besonders die Kolonialmächte fühlten sich als überlegene Lehrmeister, die den moralischen und intellektuellen Stand der aus ihrer Sicht «unterlegenen» Kolonialvölker anzuheben hatten. Wie ich in meinem Buch über die Linke und ihr Verhältnis zu totalitären Regimen ausgeführt habe[1], gab es in Schweden wie in andern europäischen Ländern zwischen 1968 und 1989 eine erstaunliche Toleranz gegenüber Diktaturen, allen voran gegenüber dem Regime von *Mao Tse-Tung*.

In vielen westlichen Ländern drückten Intellektuelle ihre Bewunderung für das chinesische Experiment aus, das «dank der Weisheit und Planung der kommunistischen Regierung» Hunger und Not zu überwinden vermochte. Wir wissen, dass etwa 30 Millionen Chinesen gerade in jener Zeit – von Mao *«Grosser Sprung nach vorn»* genannt – vor Hunger starben.

Ein ähnliches Phänomen konnte in den dreissiger Jahren beobachtet werden, als berühmte westliche Schriftsteller der Welt versicherten, die Sowjetunion baue eine hellere Zukunft auf, während gleichzeitig *Stalins* Schergen mehr Menschen umbrachten als je zuvor[2]. Ein weiteres Beispiel ist die Debatte unter jenen, die das *Castro*-Regime in Kuba unterstützten. Sie schauten darüber hinweg, dass Tausende von Dissidenten in kubanische Gefängnisse geworfen wurden. Ähnlich positiv wurde die DDR beurteilt. Warum?

In jenen Jahren wurde der Antikommunismus von vielen als eine reaktionäre Einstellung oder sogar als kriegstreibende Propaganda aufgefasst. Er wurde als mangelndes Verständnis der «fortschrittlichen» Kräfte oder als gefährliche Demagogie – vergleichbar mit dem *McCarthyismus* – abgetan. Der Anti-Antikommunismus führte bei manchen Leuten – und nicht nur auf der Linken – dazu, dass sie bei Auseinandersetzungen über kommunistische Greueltaten diese guthiessen, beschönigten oder davor die Augen schlossen.

Ich denke aber, dass es noch eine andere, gewichtigere Erklärung gibt. Bei den Diskussionen über den Kommunismus wurde uns oft gesagt, dass wir diese Regime gemäss ihrem Eigenverständnis, die von ihnen selbst auferlegten Bedingungen zu akzeptieren hätten. Diese Länder hätten eben eine Tradition des harten Regierens, ihre Kulturen beruhten auf anderen Werten als unsere.

Falsche Nachsicht als «umgekehrter Rassismus»

Hier nun finden wir eine Parallele zu den kolonialen Philosophien des 19. Jahrhunderts. In beiden Fällen geht man von einer Grundvorstellung aus, nämlich dass diese Leute anders seien und daher nicht bereit für die Demokratie. *«Wir dürfen an andere nicht unsere eigenen Massstäbe anlegen»* – so schrieb ein führender schwedischer Dramatiker und Romanautor über *Pol Pot* in Kambodscha, als man dort einen Viertel der Bevölkerung auszurotten begann.

Er meinte dazu, der Massenmord an Kambodschanern sei nicht so bedauerlich wie jener an Europäern. Wir müssten ihren ideologischen Überzeugungen gegenüber tolerant sein. Auf diese Weise geriet «Verständnis» in die Nachbarschaft eines verhängnisvollen Vorurteils. Wenn Chinesen, Kambodschaner, Kubaner, Araber oder andere Führer Tausende ihrer eigenen Landsleute töten, so müssten wir sie – hiess es – ihren eigenen Begriffen und nicht unseren eigenen gemäss beurteilen.

1 *«Vänstern och tyranniet» (Tyrannei und die Linke,) Timbro, 1994.*

2 *Paul Hollander: «Political Pilgrims» (1981) S. 5–6 und 11–12. Siehe auch das Vorwort von Professor Hollander zur Ausgabe von 1989.*

Ich würde dies mit *umgekehrtem Rassismus* bezeichnen. Das bedeutet, dass man behauptet, andere Völker zu respektieren, obwohl man sie tatsächlich verachtet. Man gibt vor, eine tiefe Sympathie für andere Werte zu haben, und stellt damit zahlreichen Menschen in Drittweltländern ihren Anspruch auf Grundrechte in Frage.

Diese tolerante Haltung dem Terror der sechziger und siebziger Jahre gegenüber gründete natürlich auf anderen Ideen als jenen des Kolonialismus. Doch sind die beiden insofern verwandt, als sie beide totalitäre Regime in weitentfernten Ländern akzeptieren. Es trifft zu, dass die europäischen Imperialisten davon ausgingen, dass die Herrscher ihrem eigenen Kontinent oder ihrer eigenen Kultur angehörten. Die Marxisten hielten es meist für selbstverständlich, dass die Unterdrücker dem Volk angehörten, das sie unterdrückten.

Es ist bezeichnend, dass jene, die Mao, Castro oder Honecker rühmten, selten deren Terror im eigenen Land einführen wollten. Versucht man, auch nur die geringste Einschränkung der Redefreiheit in irgendeinem westlichen Land einzuführen, wird man – ganz zu Recht – einen Proteststurm bei jenen auslösen, die selten für die Redefreiheit in Drittweltländern eintraten. Unterdrückung ist also ein akzeptierbares System für andere, aber nicht für einen selbst.

Nun gebe ich natürlich zu, dass es Länder gibt, in denen tragische politische Umstände die Ausübung der Demokratie praktisch verunmöglicht haben. Doch ihr Versagen darf niemals eine Ideologie oder Rechtfertigung für andere werden. Diktaturen führen immer zur Katastrophe.

Zum Schluss möchte ich auf Forschungsarbeiten der letzten Jahre hinweisen. Wie viele unschuldige, unbewaffnete Menschen wurden im 20. Jahrhundert von nichtdemokratischen Regimen kaltblütig umgebracht? Ein Forscher berichtet uns, dass in den ersten 88 Jahren unseres Jahrhunderts ungefähr 170 Millionen Menschen in bewussten Aktionen nichtdemokratischer Regierungen in nichtkriegerischen Situationen umgebracht worden sind. Dies sind ungefähr fünfmal so viele Menschenopfer, wie sie im gleichen Zeitraum von Kriegen verursacht wurden. Die schlimmsten Killer sind dabei eindeutig die Sowjetunion, das kommunistische China und Nazi-Deutschland[3].

Um die Frage umzukehren: Gab es irgendeinen Fall auch nur *einer* Demokratie, die Krieg gegen eine andere Demokratie geführt hätte? Hunderte von Kriegen der letzten 200 Jahre sind analysiert worden. Es ist heute bei Historikern allgemein bekannt, dass man nicht ein einziges Beispiel eines freien Landes finden kann, das gegen ein anderes freies Land in den Krieg gezogen wäre[4].

Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht trifft es nicht zu, dass Demokratie für Drittweltländer bedeutungslos sei. Gibt es ein Beispiel von Hungersnot – das heisst von Menschen, die massenweise verhungern – in einer parlamentarischen Demokratie? Der Ökonom *Amartya Sen* gibt uns folgende Antwort[5]:

«Eine der bemerkenswerten Tatsachen in der schrecklichen Geschichte des Hungers ist, dass keine beträchtliche Hungersnot je in einer demokratischen Regierungsform und einer relativ freien Presse jemals vorgekommen ist. Sie kamen vor in vergangenen Königreichen und in zeitgenössischen autoritären Gesellschaften, in primitiven Stammesgemeinschaften und in modernen technokratischen Diktaturen, in Kolonialwirtschaften, die von Imperialisten aus dem Norden gesteuert wurden, und in kürzlich unabhängig gewordenen Ländern des Südens, die von despotischen Führern oder einer einzigen, intoleranten Partei regiert werden. Doch Hungersnöte suchten niemals Länder heim, die unabhängig sind, regelmässig Wahlen durchführen, die oppositionelle, Kritik zulassende Parteien haben, die Zeitungen freie Berichterstattung gewähren und ermöglichen, dass ohne weitergreifende Zensur die Klugheit der Regierungspolitik in Frage gestellt wird.»

Professor Sen von der Harvard-Universität hat somit nachgewiesen, wie entscheidend Demokratie für Entwicklungsländer sein könnte. Sicher gibt es neben allgemeingültigen Werten immer auch Besonderheiten, die von Kulturkreis zu Kulturkreis variieren. Die Menschenrechte sollten aber *nicht* zu diesen Besonderheiten gehören, die man für sich beansprucht und andern vorenthält. Demokratie ist für alle da. ✦

3 *Siehe die von Professor Rudolph J. Rummel selbst verfasste Zusammenfassung seiner zahlreichen Bücher in «Power, Genocide and Mass Murder», Journal of Peace Research, Vol. 31, No. 1 1994, S. 1–10.*

4 *Siehe die Zusammenfassung von Nils Petter Gleditsch, in: «Democracy and Peace», Journal of Peace Research, Vol. 29, No. 4, 1992, S. 369–376.*

5 *Sen, Amartya: «Freedom and Needs», The New Republic, 10. und 17. Januar 1994.*